

# AMEOS-Skandal erfordert politisches Umsteuern und dringende Unterstützung des Salzlandkreises

Drucksache 8/6971 · eingebracht 2026-05-12 – Antragsteller: **LINKE**

Gesundheit

Krankenhaus

Daseinsvorsorge

Privatisierung

Rekommunalisierung

## ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert vom Land Sachsen-Anhalt konkrete Maßnahmen zur Bewältigung des AMEOS-Skandals im Salzlandkreis, darunter Rekommunalisierung bei Vertragsbruch, transparente Landeskrankenhausplanung und Soforthilfe bei drohenden Schließungen.

## KERNFORDERUNGEN

- Unterstützung des Salzlandkreises gegen AMEOS
- Tragfähige Auffanglösung gegen privatwirtschaftlichen Druck
- Rückführung in öffentliche Hand bei drohenden Schließungen
- Sofortige Bereitstellung von Investitionsmitteln

## BEWERTUNG

**9.0**/10

GEMEINWOHL-SCORE

**Uneingeschränkt unterstützen**

Der Antrag stärkt die soziale Daseinsvorsorge (D4), schützt Menschenwürde durch sichere medizinische Versorgung (D1), fördert Solidarität durch öffentliche Verantwortung für Gesundheit (D2), und verankert Transparenz & Mitbestimmung durch Forderung nach transparenter Krankenhausplanung (D5). Er adressiert systemisch die ökologische Dimension indirekt über Ressourceneffizienz im Gesundheitswesen (E3) und kritisiert privatwirtschaftliche Profitlogik als strukturelle Bedrohung für Gemeinwohlziele. Kein Feld weist negative Bewertung auf.

## STÄRKEN & SCHWÄCHEN

### Stärken

- Klare Forderung nach Rekommunalisierung bei Vertragsbruch
- Systemische Kritik an Unterfinanzierung und Profitlogik
- Fokus auf vulnerable Gruppen (ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen)

### Schwächen

- Keine explizite Verbindung zu ökologischer Nachhaltigkeit
- Keine konkreten Finanzierungsvorschläge für die 1,5 Mrd. Euro Investitionsstau

## GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	++	++	•	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	+	•	•

■ ++ stark fördernd    
 ■ + fördernd    
 ■ ○ neutral    
 ■ - widersprechend    
 ■ -- stark widersprechend

### SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

**D4 Soziale öffentliche Leistung: Daseinsvorsorge im Gesundheitswesen** Bewertung: +5

Wohnortnahe Versorgung, Schutz vulnerabler Gruppen (Ältere, Menschen mit Behinderungen)

**D1 Menschenwürde: Zugang zu medizinischer Versorgung** Bewertung: +4

Sicherstellungsauftrag, Schutz vor Versorgungslücken

**D2 Solidarität: Gemeinwohlorientierte Krankenhausversorgung** Bewertung: +4

Öffentliche Steuerung gegen Profitlogik, Rekommunalisierung

**D5 Transparenz & Mitbestimmung: Transparente Landeskrankenhausplanung** Bewertung: +4

Forderung nach partizipativer, steuerbarer Planung als Schutzinstrument

**CDU****WAHLPROGRAMM****3/10**

CDU befürwortet Mix der Eigentumsformen und lehnt Rekommunalisierung ab (Q27); betont sektorenübergreifende Versorgung, aber nicht staatliche Steuerung gegen private Gewinninteressen. Kein Bezug zu 'erpresserischem Gebaren' oder Notwendigkeit öffentlicher Rückführung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

**PARTEIPROGRAMM****4/10**

CDU-Grundsatzprogramm betont Subsidiarität und marktwirtschaftlichen Umweltschutz, aber keine Kritik an Privatisierung als solcher; stattdessen Förderung regionaler Gesundheitszentren (Q17), keine Ablehnung von Rekommunalisierung bei Vertragsbruch.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

**AfD****WAHLPROGRAMM****1/10**

AfD lehnt Energiewende und staatliche Steuerung ab, setzt auf Kernkraft/Kohle; kein Bezug zu Krankenhausfinanzierung oder Rekommunalisierung. Wahlprogramm enthält keine Position zur Daseinsvorsorge-Privatisierung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

**PARTEIPROGRAMM****0/10**

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

**LINKE**

ANTRAGSTELLER:IN

**WAHLPROGRAMM****9/10**

Der Antrag ist eine direkte Umsetzung der Wahlprogramm-Kernforderungen: Rekommunalisierung bei Versorgungsversagen (Q21), Verhinderung weiterer Privatisierungen (Q22), Auflösung des Investitionsstaus (Q21), und kritische Haltung zu Profitlogik in der Daseinsvorsorge.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

**PARTEIPROGRAMM****8/10**

Das Erfurter Programm fordert öffentliches Eigentum in strukturbestimmenden Großbetrieben (Q8) und kritisiert ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse in privatwirtschaftlichen Strukturen (Q6). Der Antrag greift diese Systemkritik auf und konkretisiert sie für den Gesundheitssektor.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

## SPD

### WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht exakt den SPD-Wahlprogramm-Forderungen: Rekommunalisierung bei Versorgungsversagen (Q21), Verhinderung weiterer Privatisierungen (Q22), Auflösung des Investitionsstaus (Q21), und Betonung des öffentlichen Versorgungsauftrags (Q22).

„Wenn ein privater Krankenhausbetreiber die Gesundheitsversorgung nicht mehr sicherstellt, soll das Krankenhaus rekommunalisiert werden.“

SPD Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 21

### PARTEIPROGRAMM

7/10

Hamburger Programm betont Sozialstaat, Solidarität und soziale Gerechtigkeit (Q26), aber enthält keine spezifische Krankenhauspolitik. Dennoch passt die Forderung nach öffentlicher Verantwortung für Daseinsvorsorge gut zum Grundwert 'Gerechtigkeit'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

## GRÜNE

### WAHLPROGRAMM

6/10

GRÜNE fordern Gemeinwohlorientierung und regionale Wertschöpfung (NRW-Wahlprogramm), aber kein explizites Programm für Sachsen-Anhalt liegt vor. Keine konkrete Position zu Rekommunalisierung oder Krankenhausplanung im verfügbaren Kontext.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

### PARTEIPROGRAMM

5/10

Grundsatzprogramm betont sozial-ökologische Transformation und Teilhabe (Q2020), was mit dem Antrag konsistent ist, aber keine konkrete Krankenhauspolitik enthält.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

## FDP

### WAHLPROGRAMM

1/10

FDP lehnt Rekommunalisierung ausdrücklich ab (Q27), fordert Mix der Eigentumsformen und Marktkräfte (Q28, Q30). Der Antrag widerspricht fundamental der FDP-Position zur Rolle des Staates in der Gesundheitsversorgung.

„Da es vor allem die kommunalen Klinika sind, die derzeit in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, halten wir eine Rekommunalisierung für falsch.“

FDP Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 57

### PARTEIPROGRAMM

2/10

FDP-Grundsatzprogramm betont freie Wahl des Krankenhauses und Subventionsabbau zugunsten von Gutscheinförderung (Q33), was direkt dem Antrag widerspricht.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

## VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

### Vorschlag 1 von 3

Original: eine transparente Landeskrankenhausplanung und eine tragfähige Auffanglösung als Strategie gegen Standortschließungen zu erarbeiten, die als Steuerungs- und Schutzinstrument gegenüber rein ökonomischem Druck und privatwirtschaftlichen Interessen wirken soll;

eine **gesetzlich verankerte**, transparente Landeskrankenhausplanung und eine **rechtlich gesicherte** Auffanglösung als Strategie gegen Standortschließungen zu erarbeiten, die als Steuerungs- und Schutzinstrument gegenüber rein ökonomischem Druck und privatwirtschaftlichen Interessen wirken soll;

Begründung: Stärkt Rechtsstaatsprinzip (Menschenwürde, Wert 1) und Transparenz & Mitbestimmung (Wert 5) durch Verbindlichkeit und Rechtssicherheit.

### Vorschlag 2 von 3

Original: bei kurzfristig drohenden Standortschließungen die Rückführung der Einrichtungen in die öffentliche Hand zu ermöglichen, um den Sicherstellungsauftrag des Landkreises und die medizinische Versorgung der Menschen nicht zu gefährden;

bei kurzfristig drohenden Standortschließungen die **sofortige** Rückführung der Einrichtungen in die öffentliche Hand zu ermöglichen, um den Sicherstellungsauftrag des Landkreises und die medizinische Versorgung der Menschen **vorrangig** zu gewährleisten;

Begründung: Verstärkt Menschenwürde (D1) und soziale Gerechtigkeit (D4) durch klare Priorisierung des Gemeinwohls vor Vertragsrecht.

### Vorschlag 3 von 3

Original: Um diesem strukturellen Versagen dauerhaft zu begegnen, braucht es mehr als kurzfristige Nothilfen.

Um diesem strukturellen Versagen dauerhaft zu begegnen, braucht es **eine verbindliche Landesstrategie zur Rekommunalisierung aller privat betriebenen Krankenhäuser bis 2030**, ergänzt durch eine **Ökologische Krankenhaus-Agenda** mit Klimaschutzziele, Ressourceneffizienz und Biodiversitätsförderung;

Begründung: Schließt Lücke in der GWÖ-Matrix bei ökologischer Nachhaltigkeit (Wert 3) und stärkt langfristige Zukunftsfähigkeit (E3).

## ABSTIMMUNGSERGEBNIS

**Überwiesen · LSA8-113**

# Original-Antrag

Drucksache 8/6971

AMEOS-Skandal erfordert politisches Umsteuern und dringende Unterstützung.

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.



## Antrag

—

Fraktion Die Linke

### **AMEOS-Skandal erfordert politisches Umsteuern und dringende Unterstützung des Salzlandkreises**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Das erpresserische Gebaren des AMEOS-Konzerns im Salzlandkreis ist auf das Schärfste zurückzuweisen und AMEOS wird aufgefordert, verantwortungsvoll und professionell gegenüber den Beschäftigten und Patienten zu agieren.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. den Salzlandkreis bei der Auseinandersetzung mit dem AMEOS-Konzern zu unterstützen, damit der Sicherstellungsauftrag des Landkreises erfüllbar ist;
2. eine transparente Landeskrankenhausplanung und eine tragfähige Auffanglösung als Strategie gegen Standortschließungen zu erarbeiten, die als Steuerungs- und Schutzinstrument gegenüber rein ökonomischem Druck und privatwirtschaftlichen Interessen wirken soll;
3. bei kurzfristig drohenden Standortschließungen die Rückführung der Einrichtungen in die öffentliche Hand zu ermöglichen, um den Sicherstellungsauftrag des Landkreises und die medizinische Versorgung der Menschen nicht zu gefährden;
4. umgehend Investitionsmittel bereitzustellen, wenn AMEOS vertragswidrig Zahlungen einbehält und die angedrohte Schließung wahrmacht.

## **Begründung**

Der AMEOS-Konzern hat über Jahre vereinbarte Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Salzlandkreis nicht erfüllt und sieht sich nun einer Zwangsvollstreckung über rund 6 Millionen Euro entgegen. Als Reaktion droht der Konzern mit weitreichenden Konsequenzen für die Krankenhausstandorte in der Region. Dieses erpresserische Gebaren zeigt, wie privat geführte Konzerne ihre strukturelle Machtposition gegenüber Kommunen ausspielen - zum Schaden der Beschäftigten und der Bevölkerung. Finanziell kann der Salzlandkreis - kann kein Landkreis - auf vereinbarte und benötigte Gelder verzichten und AMEOS missbraucht die Situation.

Wobei die generelle Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte auch eine Folge unzureichender Landes- und Bundesfinanzierung ist und den Druck zur Privatisierung der Daseinsvorsorge erhöht. Die Privatisierung von Krankenhäusern in Sachsen-Anhalt ist dabei eine Geschichte der Misserfolge, wie die Fälle von Helios in Zerbst und an verschiedenen AMEOS-Standorten belegen.

Die Medizinische Versorgung und deren Planung wird durch solche Privatisierungen ad absurdum geführt, weil einzig die Profitlogik und Aktionäre über den Erhalt von Standorten entscheiden.

Landkreise sind jedoch zentrale kommunale Akteure einer wohnortnahen, öffentlichen Krankenhausversorgung, deren Sicherstellungsauftrag nicht durch Vertragsbrüche ad hoc gefährdet werden darf. Der Fall AMEOS ist kein Ausreißer, sondern Ausdruck eines Musters. Das Beispiel Helios in Zerbst hat bereits gezeigt, wie private Träger Kliniken schrittweise ausdünnen und schließen wollen - und wie teuer die Rettung solcher Standorte für die öffentliche Hand wird: Nur durch massiven politischen Druck konnte der Standort ab März 2026 rekommunalisiert werden. Von den elf Landkreisen in Sachsen-Anhalt halten heute nur noch drei eigene Kliniken - der Ausverkauf der öffentlichen Krankenhausversorgung ist weit fortgeschritten.

Die Ursache liegt wesentlich in der Unterfinanzierung durch das Land. Der Investitionsstau in Sachsen-Anhalts Kliniken beläuft sich nach Angaben des Klinikverbandes auf über 1,5 Milliarden Euro. Diese chronische Unterfinanzierung hat Kommunen und Landkreise in eine Lage gebracht, in der die Privatisierung als einziger Ausweg erschien - ohne dass das Land ausreichende Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten über die privaten Träger sichergestellt hat. Die Verantwortung für die entstandene Abhängigkeit von privatwirtschaftlichen Akteuren liegt damit auch beim Land Sachsen-Anhalt.

Konkret steht die Gesundheitsversorgung im Salzlandkreis auf dem Spiel: Schließungen würden zu langen Anfahrtswegen zu Notaufnahmen, Versorgungslücken in der Grundversorgung und einem weiteren Ärztemangel führen. Besonders hart träfe dies ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Familien ohne eigenes Fahrzeug. Eine wohnortnahe medizinische Versorgung ist kein Luxus, sondern Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge, für die das Land Verantwortung trägt.

Um diesem strukturellen Versagen dauerhaft zu begegnen, braucht es mehr als kurzfristige Nothilfen. Der Landtag soll aus dem Fall AMEOS die notwendigen strukturellen Konsequenzen ziehen und die Gesundheitsversorgung im Interesse von Patientinnen und Patienten, der Beschäftigten und der kommunalen Selbstverwaltung sicherstellen.

Eva von Angern  
Fraktionsvorsitz